



1961: ADENAUER UND DER MAUERBAU VOR FÜNFZIG JAHREN DROHTE KRIEG UM BERLIN

PROFESSOR DR.
HANNS JÜRGEN KÜSTERS

*Leiter der Hauptabteilung
Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-
Demokratische Politik,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

*Head of the Department of
References and Research/
Archives of Christian-
Democratic Politics,
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Teilung und Mauerbau, Mauerfall und Wiedervereinigung symbolisieren das Schicksal Deutschlands in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Auch zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands dürfen die 28 Jahre davor mit Mauer, Stacheldraht und getöteten Flüchtlingen an der innerdeutschen Grenze nicht in Vergessenheit geraten.

Der Mauerbau in Berlin am 13. August 1961 war Höhepunkt der zweiten Berlin-Krise, die am 10. November 1958 mit Chruschtschows Berlin-Ultimatum begann. Seine Drohung, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen, wenn sich die drei Westmächte nicht aus Berlin zurückzögen, warf für Bundeskanzler Adenauer zwei Fragen auf: Werden die drei Westmächte direkte Kontakte mit der DDR einfädeln und ihre langjährige Isolationsstrategie aufgeben? Und: Wie wird das westliche Lager im Falle einer eskalierenden Krise reagieren?

Adenauer zielte auf die Erneuerung der Berlin-Garantie der vier alliierten Mächte. Er wandte sich gegen den Vorschlag, die deutsche Frage als Ganzes zu diskutieren, weil der Westen dann zu Konzessionen gezwungen würde, wenn Verhandlungen unter Druck des Chruschtschow-Ultimatums zustande kämen. Im Dezember 1958 wies der NATO-Rat zwar solche Verhandlungen zurück; doch konnte die Bundesregierung nicht verhindern, dass im Kommuniqué die Option für Verhandlungen über Berlin und Deutschland offenblieb. Anfang 1959 schien Adenauer zeitweise bereit, die De-facto-Anerkennung der DDR hinzunehmen. In seinen Augen barg die erneute Genfer Außenministerkonferenz der Vier Mächte das Risiko eines Interimsabkommens, durch das der Viermächte-Status abgeschafft und der Weg West-Berlins zum Status einer Freien Stadt geebnet würde.

Das Scheitern der Konferenz im August 1959 verbesserte Adenauers Position für kurze Zeit in mehrfacher Hinsicht. Das sowjetische Ultimatum war ausgesetzt worden, der Berlin-Status unverändert geblieben und die Kriseneskalation fürs Erste abgewendet. Gegen den Druck Eisenhowers und Macmillans unterstützte de Gaulle im Dezember 1959 die Linie des Kanzlers. Er beharrte auf der Verknüpfung von Berlin- und Abrüstungsfragen und plädierte für die Beibehaltung des Viermächte-Status.

Im Jahre 1960 erwartete Adenauer nicht, dass Ulbricht bei Chruschtschow Rückendeckung für einen Schlag gegen Berlin erhalten werde. Alarmierender klangen dagegen Hinweise aus Moskau, während des Jahres 1961 werde Chruschtschow eine Entscheidung in der deutschen Frage treffen. Nach der amerikanischen Präsidentschaftswahl im November 1960 rechnete Adenauer mit steigenden Spannungen in Berlin. Dafür bedurfte es amerikanischer Schutzgarantien, um die der Bundeskanzler beim ersten Zusammentreffen mit Kennedy im April 1961 warb.

Kennedys Kurswechsel in der Berlin-Frage wurde durch die Ankündigung der sogenannten drei „Essentials“ – Anwesenheit westallierter Streitkräfte in Berlin, ihr ungehindertes Zugangsrecht dorthin und Garantie der Sicherheit und Freiheit der West-Berliner – deutlich. Adenauer sah darin die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, den Druck auf Bonn zu erhöhen. Denn er war nicht über die Pläne der Westmächte informiert, die sie für den Fall eines Angriffs auf Berlin diskutierten. Erst am 21. Juli 1961, also wenige Tage vor dem Höhepunkt der Berlin-Krise, erlaubten die Amerikaner dem Bonner Botschafter Grewe, an den Sitzungen der Washingtoner Arbeitsgruppe für die Notfallplanung teilzunehmen. Doch erhielt die Bundesregierung keine



Vor fünfzig Jahren, am 13. August 1961, wurde die Berliner Mauer errichtet. Um an dieses Ereignis zu erinnern, rief die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Arbeitsgruppe ins Leben. Sie soll die Aktivitäten der Stiftung zu diesem Thema koordinieren und Projekte anregen. Das Augenmerk bei der Auseinandersetzung mit dem Symbol der Teilung Deutschlands soll nicht allein auf der innerdeutschen Grenze liegen. Auch bestehende internationale Grenzprobleme wie etwa zwischen Nord- und Südkorea sollen einbezogen werden.

On August 13, 1961, fifty years ago, the Berlin wall was built. To commemorate this event, the KAS has established a task force that will coordinate the foundation's activities on this issue and encourage the development of projects. The focus in the debate on the symbol of the division of Germany should not lie solely on the former inner German border. Existing international border problems, such as those between North and South Korea, should also be included.

Kenntnis über die Zahl der in der Bundesrepublik stationierten Nuklearsprengköpfe, die im Kriegsfall zum Einsatz kommen könnten.

Als Ende Juli 1961 Franz Josef Strauß mit dem amerikanischen Sicherheitsexperten Paul Nitze mögliche militärische Reaktionen im Falle einer sowjetischen Berlin-Blockade diskutierte, stimmten sie überein, als Test der Kriegsbereitschaft Chruschtschows einen Probeangriff auf die Transit-Autobahnen nach West-Berlin zu wagen. Am 3. August berichtete Strauß dem Kanzler in Cadenabbia über die amerikanische Einsatzbereitschaft, falls die Bundesrepublik sich beteilige. Strauß sprach sich für den Einsatz von drei Divisionen aus, die bis zum Jahresende aufgestellt sein müssten. Angesichts der konventionellen Unterlegenheit würden die Westmächte unweigerlich mit der Alternative konfrontiert, einen atomaren Gegenschlag zu riskieren; andernfalls würden sie eine diplomatische Niederlage erleiden.

Nichtsdestotrotz wurde Adenauer vom Bau der Mauer überrascht. Durch den Bundesnachrichtendienst erhielt er keine Hinweise, obgleich jedermann Maßnahmen der DDR zur Eindämmung der Fluchtbewegungen erwartete. Doch warum reiste der Kanzler nicht sofort nach Berlin? Er befürchtete eine Revolte in der DDR und ein Überschwappen der Unruhen nach West-Berlin. Das würde zur Intervention der Westmächte führen und die militärische Konfrontation schüren, bei der deutsche Soldaten in einem Bruderkrieg aufeinander schießen müssten. Zudem wäre er bei einer Abriegelung West-Berlins einmal mehr auf die Hilfe der Westmächte angewiesen gewesen. Ohne deren Zustimmung hätte er West-Berlin weder per Luft- noch per Landweg verlassen können.

Nach dem 13. August 1961 war Adenauer um eine Deeskalation der Krise bemüht. Da die Sowjetunion Übergriffe auf das Terrain West-Berlins vermied und sich auf ihre Einflussosphäre DDR und Ost-Berlin beschränkte, wurde deutlich: Keine der Vier Mächte war ernsthaft gewillt,

einen Krieg um Berlin zu riskieren. Im September 1961 forderte der sowjetische Außenminister Gromyko die De-jure-Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Linie, eine Vereinbarung über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und einen Nichtangriffspakt. Kennedy schloss sich dem an und bat Adenauer um erneuten Verzicht auf Nuklearwaffen, was dem Präsidenten die Tür zu Verhandlungen über einen Nichtweiterverbreitungsvertrag mit Moskau öffnete. Adenauer beharrte auf der Verantwortung der Westmächte für die Wiedervereinigung, wies Konzessionen in der Oder-Neiße-Frage zurück und stellte diplomatische Beziehungen mit Polen in Aussicht, vorausgesetzt, die Grenzfrage bliebe bis zu Friedensvertragsverhandlungen offen.

Eigentlich führte Adenauer einen Verteidigungskampf zur Bewahrung des Status quo in Berlin und Deutschland – teils gegen anglo-amerikanische Interessen, die elementare traditionelle Positionen ihrer Deutschlandpolitik der 1950er Jahre aufgeben wollten, um eine sowjetische Kontrolle über ganz Deutschland zu verhindern. Schließlich erreichte er, dass die Westmächte ihren Status in Berlin unverändert aufrechterhielten.

1961: ADENAUER AND THE BUILDING OF THE BERLIN WALL

Fifty Years Ago War Loomed over Berlin

The building of the Berlin Wall on August 13, 1961 marked the peak of the second Berlin crisis, which had begun with Nikita Khrushchev's Berlin ultimatum on November 10, 1958. US President John F. Kennedy tried to persuade German Chancellor Konrad Adenauer to take a softer approach on West Germany's policy that refused to recognise East Germany, as well as on the attitude of the Western powers towards the Four-Power status of Berlin. After the wall went up, Adenauer feared an uprising in East Germany and a military confrontation, where German soldiers would be forced to shoot at each other. The chancellor aimed to de-escalate the crisis and was relieved when it became clear that none of the four powers was seriously willing to risk a war over Berlin. Adenauer fought to preserve the status quo in Berlin and West Germany – in part going against Anglo-American interests.